

Antrag der Fraktion DIE LINKE**Verfolgte Minderheiten im Irak und Syrien schützen!**

Die Terrororganisation Islamischer Staat (IS) hat in Teilen des Iraks und Syriens ein Kalifat ausgerufen und tötet alle, die sich ihrer Terrorherrschaft nicht unterwerfen. Religiöse Minderheiten wie Ezidinnen/Eziden, Jüdinnen/Juden, Christinnen/Christen und Mandäerinnen/Mandäer werden zum Konvertieren gezwungen oder getötet. Nun weitet die IS ihren selbsternannten Gottesstaat aus und ist in das Haupt-siedlungsgebiet der religiösen Minderheit der Ezidinnen/Eziden rund um die Provinz-hauptstadt Shingal eingedrungen. Dabei wurden grauenhafte Verbrechen began-gen, Menschen getötet, Mädchen und Frauen vergewaltigt und zu Hunderten verschleppt. Laut dem UNO-Sonderbeauftragten für den Irak, Nikolaj Mladenov, entfaltet sich eine humanitäre Katastrophe. Meldungen zufolge sind 200 000 Men-schen im kurdischen Teil Iraks auf der Flucht, dabei sind schon viele aufgrund von Versorgungsmangel gestorben. Weitere 5 000 Menschen sollen in Syrien vor der IS auf der Flucht sein.

Die Geflüchteten benötigen dringend Versorgung mit Hilfsgütern wie Wasser, Nah-rungsmitteln oder Medikamenten. Diejenigen, die Schutz außerhalb ihrer Heimat-region suchen, brauchen einen sicheren Zufluchtsort, dies kann auch in Deutschland sein.

In der Bundesrepublik Deutschland muss geprüft werden, inwiefern die IS über Waf-fen aus deutscher Produktion verfügt, deren Proliferation verboten ist. Katar steht an zweiter Stelle der Empfängerländer deutscher Rüstungsgüter, Saudi-Arabien an vierter Stelle. Beide Länder werden verdächtigt, die IS zu unterstützen. Ein sofortiger Stopp von Rüstungsgütern nach Katar und Saudi-Arabien ist angesichts der Tragweite mög-licher Verletzungen des Kriegswaffenkontrollgesetzes dringend notwendig.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge daher beschließen:

1. Der Senat wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für sofortige humanitäre Hilfe für die vor der IS Geflüchteten einzusetzen.
2. Der Senat wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für die Aufnahme von Flücht-lingen in Deutschland einzusetzen, die vor dem Terror der IS Schutz suchen.
3. Der Senat wird aufgefordert, die Aufnahme von Angehörigen religiöser oder ethnischer Minderheiten aus dem Irak und Syrien, die von der IS bedroht sind, nach § 23 Absatz 1 Aufenthaltsgesetz zu ermöglichen. Der Nachzug zu hier lebenden Verwandten soll ohne finanzielle Auflagen geschehen.
4. Der Senat wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für ein sofortiges Export-verbot für Rüstungsgüter nach Katar und Saudi-Arabien einzusetzen.

Cindi Tuncel,
Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE